

II-7308 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3488 N

1992-09-22

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend AMAG - Sondermüllprojekte

Nach der Stilllegung der Elektrolyse werden nun seit Juni dieses Jahres seitens der AMAG Verhandlungen mit Sondermüllentsorgern geführt, die die Entsorgung des gesamten Elektrolyseareals zum Ziel haben. Fünf Elektrolysehallen (jeweils 1,1 ha), fünf Schornsteine der Elektrolyse mit einer jeweiligen Höhe von 80 m sowie Silos, die als Rohstofflager dienten, sind eine gigantische Menge an zu entsorgendem Material. Teile davon sind hochgradig mit Fluor und Quecksilber kontaminiert. Auf äußerst schlampige Art wird nun diese Entsorgung vergeben. Sie beinhaltet keine gesamte Abtragung, sondern das Verbleiben von Fundamenten und Böden. Gleichzeitig liegen den Anfragestellern Informationen darüber vor, daß genau auf diesem Areal die Installierung der in Linz gescheiterten Sondermüllverbrennung nun verwirklicht werden soll.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

ANFRAGE:

1. Wann kam es zur öffentlichen Ausschreibung des oben angeführten Entsorgungsprojektes?
Welche Mengenangaben, welche Analyseergebnisse und welche Eluatklassen enthält diese Ausschreibung?
2. Wurde eine Rasteranalyse durchgeführt?
Wieviele Analysen wurden außerhalb der AMAG ausgewertet?
3. Kam es bereits zu einer Vergabe des Entsorgungsprojektes?
Wenn ja, an wen?
4. Wurde mit dieser Angelegenheit die Controlling-Abteilung der AMAG befaßt?
Wenn ja, mit welchem Inhalt und welchem Ergebnis?
5. Aus welchem Grund werden nur Halle und Schornsteine abgetragen und sollen Böden und Fundamente erhalten bleiben?

6. Existieren im Rahmen der AMAG im Rahmen der AI oder der ÖIAG Überlegungen auf Nutzung dieses Areals als Sondermüllverbrennungsstandort?
7. Hält der Minister diesen Standort verkehrstechnisch für günstig?
8. Durch die Lage unmittelbar an der bayrischen Grenze ergibt sich fast zwangsläufig die Frage nach möglichen Sondermüllimporten zur Verbrennung in Ranshofen. Kann der Minister derartige Importe ausschließen?
9. Falls es Überlegungen über eine Sondermüllverbrennung in Ranshofen gibt, welche Zeiträume, welche Stoffklassen, welches Arbeitsplatzangebot, welche Sondermüllmengen und welche Investitionskosten sind geplant?
10. Kann der Minister garantieren, daß für den Fall einer Realisierung des Standortes Ranshofen für eine Sondermüllverbrennungsanlage eine umfassende Bürgerbeteiligung im Sinne eines Bürgerbeirates ähnlich wie im Fall HTV Linz durchgeführt wird?

/1